

Gründungsbeitrag
jährlich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags

Bezugspreis
monatlich 3,50 M., frei ins Haus gebracht; durch die Post bezogen 3 M. 25 Pf.

Wochenpreise 25 Pf.
Einzelnummern kosten 10 Pf.

Kreiszeitung

für den Oberrhein-Kreis.

Kategoriepreis

die vierspeisige Samstags- oder deren Raum 20 Pf.; im Nachdruckteil die Kategorie 35 Pf. — Nach laß bei öfteren Wiederholungen. — Laufende Wohnungsanzeigen nach Vereinbarung.

Geschäftsstelle

Julienstraße 78, Zimmer 414
Postfachkonto Nr. 11569
Frankfurt a. M.

Nach dem Kaiser-Erlaß.

Es ist ein wenig erbauender Anblick, dieselben Persönlichkeiten und dieselben Parteien, denen Kaiser Wilhelm durch sein Handschreiben vom 5. Oktober in freiwilligem Entschluß den Weg zur Macht geebnet hat, an den Grundfesten des Kaiserthums rütteln zu sehen, dem mühsam erstrittenen Sinnbild deutscher Volkseinheit. Wenn Staatssekretär Scheidemann selbstgefallig im „Vorwärts“ eingesteht, an den Reichstanzler eine Eingabe über die Zweckmäßigkeit des Rücktritts des Kaisers zu richten zu haben, so hat er damit nicht nur wenig Mut gegenüber den bolschewistischen Drängern bewiesen, die schon in seinem Rücken stehen, sondern sich auch in Widerspruch gesetzt zu einflussreichen sozialdemokratischen Kreisen, die ein solches Verhalten weder für würdig noch für politisch richtig halten. In tatsächlichen politischen Erwägungen kann dieses Vorgehen keine Begründung finden. Selbst wer in der Volksherrschaft das letzte Heil erblickt, muß zugestehen, daß die Geschichte kaum ein Beispiel in den Hintergrund tritt, weil der Kaiser aus freien Stücken auf wesentliche Rechte verzichtet hat und heute nur noch über Befugnisse verfügt, die fast hinter denen des Königs von England zurückbleiben. Es bedarf nicht des Hinweises, das Präsident Wilson in ganz anderem Maße „autokratische“ Gewalt hat als heute der deutsche Kaiser; die französische Zeitung „Quotidien“ macht die Bemerkung, daß der Präsident der französischen Republik weniger in demokratische Fesseln geschlagen sei als das deutsche Staatsoberhaupt und daß das französische Parlament mächtiger sei als der deutsche Reichstag.

Kaiser Wilhelm hat selbst den Anstoß zu dieser Entwicklung gegeben. Dafür kennt die Geschichte kaum ein zweites Beispiel. Jetzt erst, mit einer sehr merkwürdigen Verspätung, hat die deutsche Reichsregierung den kaiserlichen Erlaß bekanntgegeben, mit dem Wilhelm II. das Inkrafttreten der neuen tiefgreifenden Verfassungsänderungen begleitet hat. Der Kaiser sagt selbst, er habe den Wunsch bei diesem Anlaß auszusprechen, was ihn bewege. Ohne Rückhalt erkennt der Kaiser den Anspruch des deutschen Volkes an, daß ihm kein Vorrecht vorenthalten werde, das ihm eine freie und glückliche Zukunft verbürge. Er bekennt den festen Willen, was an ihm liege, an der vollen Auswirkung der Parlamentsbeschlüsse mitzuwirken. Hatte Friedrich der Große sich nur als den ersten Staatsdiener bezeichnet, so stellt der Kaiser das Volk noch über den Staat und prägt das schöne und herzliche Wort: „Das Kaiseramt ist Dienst am Volke“. Derselbe Fürst, der mit dem Ausspruch: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche!“ bei Kriegsausbruch an aller Herzen rührte, spricht den innigen Wunsch aus, die neue Ordnung möge alle guten Kräfte freimachen, deren unser Volk bedarf, um aus dem Dunkel der Gegenwart mit festem Schritt eine helle Zukunft zu gewinnen.

Es ist unverständlich, warum man diese Kundgebung des Kaisers, die doch zweifellos schon Mitte der vorigen Woche vorlag, so lange zurückgehalten und seine Ansprache an die neuernannten Staatssekretäre, die noch weiter zurückliegt und in der der Kaiser erklärt hat, er wünsche, daß kein Volk der Erde freier sei, als das deutsche, überhaupt unterdrückt hat. Hätte man beide Vorfälle, wie es erwünscht gewesen wäre, sofort zur Kenntnis des deutschen Volkes gebracht, dann hätten sie wohl der inzwischen zum Teil in so häßlichen Formen entkränkten Kaiserdebatte Richtung geben können. Aus ihnen sprach nicht nur die Bereitschaft die Folgerungen aus der Erweiterung der Volksrechte zu ziehen, sondern darüber hinaus eine unbedingte Bejahung zur Neuordnung, die manches mürrische und undankbare Wort hätte vereiteln können. Namentlich in Bayern hätte man sich kaum so unnötig eifert, daß ein großes gemäßigtes Blatt schrieb, der Rücktritt des Kaisers erscheine der überwältigenden Mehrheit des Volkes unabwendbar. Das trifft schon bei seiner Vertretung im Reichstag nicht zu, denn weder das Zentrum noch die Nationalliberalen, noch die Mehrheit der fortschrittlichen stehen auf diesem Boden. Selbst in der sozialdemokratischen Partei herrscht, wie schon die Stellungnahme der badischen Genossen beweist in dieser Hinsicht durchaus keine Einmütigkeit. Der „Vorwärts“, des Herrn Scheidemann Organ, muß selber zugestehen, daß das deutsche Volk in seiner Mehrheit monarchisch empfindet und weist darauf auf die Möglichkeit einer Volksabstimmung hin. Selbst der „Vorwärts“ ist sich also bewußt, wie sehr durch diese Frage das Volksempfinden aufgewühlt wird. Handelt es sich dabei doch nicht nur um die Person des gegenwärtigen Kronenträgers, sondern um die ganze Einrichtung des Kaiserthums, das als geschichtliche Errungenschaft in dem langen und schweren Ringen um die Einigung aller deutschen Stämme, zu denen nun auch allem Anschein nach zehn Millionen Deutsch-Oesterreicher hinzutreten sollen, Unzähligen teuer ist.

Da man davon spricht, daß die Krone gegebenenfalls auf des Kaisers Enkel übergehen soll, wodurch eine zwar in der preussischen aber nicht in der Reichsverfassung schon geregelte Regentenschaft notwendig würde, so ist es klar, daß ohne jede Not schwere innere Erschütterungen sich in einer

Zeit ergeben könnten, in der die Zusammenfassung aller Kräfte in äußerster Volksnot dringender ist als je. Werden feste Fundamente einmal erschüttert, dann ist in so aufgeregten Tagen nie vorauszusehen, wo Halt gemacht werden wird. Wenn des Herrn Scheidemann Blatt jetzt gar mit der Drohung spielt, die Sozialdemokraten könnten aus der Regierung austreten und dadurch das ganze Volkeregiment ins Wanken bringen, so werden es sich die Herren noch reißlich überlegen, ehe sie sie verwirklichen werden. Der Bolschewismus steht vor ihrer Tür, das wissen sie nur selbst zu gut. Und ein Sturm würde vor allem sie hinwegfegen. Eine gute Wirkung im Ausland können sie sich am allerwenigsten davon versprechen. Schon höhnt selbst der „Temps“ über solche Treulosigkeit, die gefahrlos es wagt, des Kaisers Person zum Prügelknaben zu machen und den Alliierten bittend zuzuschreien: „Sind wir euch nun noch nicht aufrichtig genug?“

Berlin, 6. Nov. (Priv.-Tel.) Auf eine mit etwa 100 000 Namen versehene pommerische Vertrauenskundgebung an den Kaiser ist aus dem Geheimen Zivilkabinett folgende Antwort eingegangen: Der Kaiser und König hat die aus allen Teilen Pommerns stammende, mit etwa 100 000 Unterschriften versehene Kundgebung dem Herrn Reichstanzler zugehen lassen und mit Befehlen, den treuen Pommern für das aus dem Eindruck des Ernstes dieser Zeit herorgegangene Bekenntnis treuer Anhänglichkeit und heißer Vaterlandsliebe warmen Dank zu übermitteln. Der Geheime Kabinettsrat: De la Rüe.

Im Reichstag tagte gestern wiederum der interfraktionelle Ausschuss und für heute haben die Sozialdemokraten und Nationalliberalen Fraktionsführungen in Aussicht genommen. Gestern nachmittag empfing, laut „Berl. Lokalanzeiger“ Vizetanzler v. Papen den Führer der Konservativen Graf Westarp.

Die Waffenstillstandsbedingungen.

Unwahre Gerüchte.

Berlin, 5. Nov. (W. B. Amtlich.) An den Gerüchten, die feindlichen Waffenstillstandsbedingungen seien bereits an die deutsche Regierung gelangt, würden aber der Öffentlichkeit noch vorenthalten, ist kein wahres Wort. Die Regierung hat bisher weder auf amtlichem noch auf anderem Wege von dem Inhalt dieser Bedingungen Kenntnis erhalten.

Die Alliierten geeinigt.

Frankfurt a. M., 6. Nov. (Priv.-Tel.) Der „Frankf. Ztg.“ wird aus dem Haag gemeldet: Das holländische Rieumsbureau meldet aus London: Im Unterhause teilte heute Lord George mit, daß die Alliierten den Präsidenten Wilson ersucht haben, er möge Deutschland mitteilen, daß es sich, falls es die Waffenstillstandsbedingungen, über die sich die Alliierten geeinigt haben, hören wolle, in üblicher Weise an den Marshall Foch wenden müsse.

Reuter meldet aus London. Die „Times“ berichten aus Paris: Die Alliierten sind über die Waffenstillstandsbedingungen zur Übereinstimmung gekommen. Der Erfolg der Alliierten an der französischen Front läßt keinen Zweifel darüber zu, daß Deutschland die Bedingungen annehmen muß.

Im Unterhause wurde Bonar Law über die Versailles Konferenz befragt. Er erklärte: „Ich kann keine Hoffnung darauf machen, daß binnen kurzem eine Mitteilung über die Erörterungen gemacht wird. Zunächst wird das Resultat der Regierung der Vereinigten Staaten mitgeteilt werden, und ich glaube nicht, daß irgendwelche Mitteilung gemacht wird, bevor diese nicht auch der deutschen Regierung bekannt ist.“

Deutschland und Rußland.

Abbruch der Beziehungen.

Berlin, 5. Nov. (W. B.) Die deutsche Regierung verlangte von der russischen Regierung Bürgschaften dafür, daß in Zukunft von ihren Organen keinerlei revolutionäre Agitation und Propaganda gegen die staatlichen Einrichtungen in Deutschland betrieben werde, und daß der noch immer ungeführte Mord an dem Gesandten Grafen Mirbach eine ausreichende Sühne findet. Die russische Regierung wurde ersucht, bis zur Erfüllung dieser Forderungen, ihre sämtlichen amtlichen Vertreter aus Deutschland zurückzuziehen. Ebenso wurden die deutschen amtlichen Vertreter in Rußland abberufen.

Berlin, 6. Nov. (Priv.-Tel.) Herr Joffe, der russische Botschafter in Berlin, dessen Stellung unhaltbar geworden ist, dürfte bereits gestern Abend mit dem gesamten Personal der Botschaft Berlin verlassen haben, um nach Moskau zurückzukehren. Gestern mittag weilte er zu längerer Unterredung im Auswärtigen Amt. Die Berliner Stelle der russischen Telegraphen-Agentur ist gestern nachmittag aufgehoben worden.

Der „Vorwärts“ schreibt: Schon lange ist behauptet worden, daß sich die russische Botschaft in die inneren Ver-

hältnisse des Deutschen Reiches einmischte und eine in Deutschland nur sporadisch vertretene Richtung begünstigt, die ihrer Partei politisch am nächsten steht. Wir haben diese Behauptung im guten Glauben bestritten auf Erklärungen gestützt, die von der russischen Botschaft selbst gegeben worden sind. Diese Erklärungen aber haben sich leider als unwahrhaftig herausgestellt, so daß wir zu unserem Bedauern gezwungen sind, von der russischen Botschaft in jeder Beziehung Abschied zu nehmen. Wiedergibt wurde von uns vor geheimnisvollen Flugblättern gewarnt, die den Zweck verfolgten, Uneinigkeit und Zersplitterung in die Reihen der Arbeiterschaft zu tragen und sie zu einer Politik zu ermuntern, die russischen Verhältnissen entsprechen mag, den deutschen aber nicht entspricht. Unsere Arbeiter werden jetzt gegen Flugblätter nur um so vorsichtiger sein. Wir wollen keine russischen Zustände, denn wir wissen, daß das russische Volk unter der bolschewistischen Herrschaft Hungers stirbt, obwohl Rußland ein vorwiegend ackerbautreibendes Land ist. In Deutschland müßte die Anwendung gleicher Methoden zu noch viel entsetzlicheren Zuständen führen. Die deutsche Arbeiterschaft ist sozialistisch durch und durch, aber den Sozialismus asiatisch, der sich Bolschewismus nennt, lehnt sie ab. Diese Abneigung ist bei den allen Anhängern der alten Sozialdemokratie vollständig; sie wird aber auch von dem weitesten Teil der Unabhängigen geteilt. Mit dem Bolschewismus einverstanden ist nur ein ganz kleiner Kreis der Spartakus-Gruppe. Während die Unabhängigen wie wir Sozialdemokraten den Frieden wollen, bekämpfen die Spartakusleute den Frieden. Sie sehen in Wilsons Friedensprogramm nur ein Mittel, die soziale Revolution Deutschlands zu ersticken und möchten am liebsten den Krieg bis zur völligen Auflösung weiterführen. Die deutsche Arbeiterklasse lehnt es ab, sich russischen Zwecken dienstbar zu machen. Sie hat fürwahr besseres verdient als das russische Hungerelend, das noch hundertmal ärger ist als in Deutschland. Sie will den Frieden, die Demokratie und den Sozialismus und lehnt unerbetene Belehrung ab.

Der neue Durchbruchversuch.

Joch hat die Angriffsfront gewechselt. Das entspricht keiner Taktik, die ununterbrochen an der gesamten deutschen Front rüttelt, um eine lockere Einbruchsstelle zu entdecken. Da er über ein ungewöhnliches technisches Material verfügt, so vermag er nicht nur die Truppen blitzschnell hin und her zu werfen, sondern auch jeden Angriff durch gewaltige Feuerartillerie vorzubereiten. Nachdem er an der Aisne und der Maas am 1. und 2. November den gewollten Durchbruch nicht erzielte, vielmehr, an seinen strategischen Zielen gemessen, eine schwere Niederlage erlitt, griff er am 4. November zwischen Schelde und Dije an. Das ist für ihn der Drehpunkt der deutschen Front, von der aus er den entscheidenden Sieg erhofft. Voraussetzung ist natürlich, daß er diesen Drehpunkt aus den Angeln hebt. Die Tatsache, daß er abwechselnd zwischen Schelde und Dije und an der Aisnefront antreten läßt, enthüllt seinen Plan. Gelingt ihm an einer Stelle der Durchbruch, so glaubt er die ganze Front über den Haufen werfen zu können, um die deutschen Heere in der Gegend von Namur entscheidend zu schlagen. Hier zeigt sich auch, daß der Kriegszustand in Versailles die Waffenstillstandsbedingungen deshalb zurückhält, um Joch Zeit zu lassen, den Sieg im Feld zu erringen. Daß die deutsche Westfront hält, ist von entscheidender Bedeutung. Joch ist Feldherr genug, um zu erkennen, daß eine Armee, die sich seit 3½ Monaten seinen Angriffen stellt, nicht zu schlagen ist. Zwar hat der Gegner am 4. November örtliche Erfolge erzielen können, die sind indessen nicht das, was er anstrebt. Wenn nicht das gesamte Verteidigungssystem, das sich immer wieder neu aufbaut, zerbrochen wird, kosten die Angriffe nur schwere Verluste. Neue Angriffe sind noch immer zu erwarten, aber wir dürfen sicher sein, daß die Westfront hält und die Barbaren des Westens von dem heiligen Boden des Vaterlandes fernhält. Unsere Kämpfer müssen wir mit aller Kraft des Herzens und der Seele zur Seite stehen, sie brauchen Worte des Vertrauens und der Zuversicht. (Berlin zensiert).

Der deutsche Tagesbericht

Großes Hauptquartier, 5. Nov. (W. T. B. Amtlich.)

Weitlicher Kriegshauptquartier.

Zwischen der Schelde und Dije haben Engländer und Franzosen ihre großen Angriffe wieder aufgenommen. Durch gewaltigen Einsatz an Artillerie und Panzerwagen suchten sie den Durchbruch auf der mehr als 60 Kilometer breiten Front zu erzwingen. In schwerem, bis in die Dunkelheit währendem Ringen gelang es unseren an Zahl weit unterlegenen Truppen, den feindlichen Angriff aufzufangen und den Durchbruch zu verhindern. Südlich der von Valenciennes nach Nordosten führenden Straße wiesen wir den Feind vor unseren Linien ab. Die gegen unsere neue Front Sebourg-Wargny le Grand gerichteten Angriffe wurden durch erfolgreiche Gegenstöße auf

den Höhen östlich dieser Orte zum Scheitern gebracht. Wagnis le Petit, das vorübergehend in Feindeshand fiel, nahmen wir wieder. Den beiderseits von Le Quesnoy vordringenden Angriff brachten wir südlich von Wagnis le Petit und bei Jolimien zum Stehen. Le Quesnoy, durch beiderseitige Umfassung bedroht, wurde befehlsgemäß geräumt. Der gegen den Wald von Mormal gerichtete Ansturm des Gegners kam in dem westlichen Teil des Waldes zum Stehen. Auch südlich des Waldes wurde der Feind am Vormittag dicht hinter unseren vordersten Linien auf den Höhen westlich des Sambre-Dise-Kanals abgewiesen. Am Nachmittag setzte der Gegner seine Angriffe fort. Ihr Schwerpunkt lag nördlich und südlich des Waldes. Nördlich des Waldes gingen wir den Stoß östlich von Jolimien, südlich des Waldes am Sambre-Dise-Kanal auf. Der Kanalschnitt östlich von Ders und Catillon wurde gegen alle feindlichen Anstürme behauptet. Südlich von Catillon stieß der Feind in etwa 1—2 Kilometer Tiefe über den Kanal vor. Hier brachten ihn an der Straße La Grosse-Disy nördliche Kampftruppen zum Stehen. Von der Kanalfront zwischen Jerny und nördöstlich von Etteux drangen alle Angriffe des Feindes zusammen. Zwischen Etteux und der Dife konnte er an einzelnen Stellen das östliche Ufer gewinnen. Auch hier gelang es ihm nicht, über unsere vorderste Stellung hinaus vorzudringen. Südlich der Dife sind dem starken Artilleriefeuer, das sich am frühen Morgen bis zur Sonne ausdehnte, heftige Angriffe südlich von Guise bei Le Heris und gegen Bois le Pargny gefolgt. Der Feind wurde überall, teilweise im Gegenstoß, abgewiesen.

An der Aisne-Front keine Kampfhandlungen. Zwischen Le Chesne und Sommarthe scheiterten Teilvorstöße des Gegners. Auf den Höhen südlich von Beaumont wiesen wir heftige Angriffe der Amerikaner ab. Im Walde von Dieulet wichen unsere Truppen stärkeren Angriffen befehlsgemäß auf das östliche Maasufer nördlich von Stenay aus. Südlich von Dun wurden feindliche Abteilungen, die über die Maas vorstießen, auf den Fluß zurückgeworfen. Auf den Höhen östlich der Maas scheiterten starke Angriffe. Westlich der Mosel Teilvorstöße der Amerikaner.

Der Erste Generalquartiermeister: Gröner.

Die Schlacht zwischen Schelde und Dife.

Berlin, 5. Nov., abends. (W. T. S. Amtlich.) An der gestrigen Schlachtfront zwischen Schelde und Dife haben wir uns vom Gegner abgesetzt. Die Bewegungen sind planmäßig verlaufen. Heute fanden hier nur Einzelkämpfe statt.

Letzte Meldungen.

Anbahnung eines Waffenstillstandes und Aufnahme von Friedensverhandlungen.

Berlin, 6. Nov. (W. T. S. Amtlich.) Die deutsche Delegation zum Abschluß eines Waffenstillstandes und zur Aufnahme von Friedensverhandlungen ist heute nachmittag von Berlin nach dem Westen abgereist.

Eine neue Milliardenvorlage.

Berlin, 5. Nov. (W. T. S.) Wie die Abendblätter melden, ging dem Reichstag soeben eine abermalige Kreditvorlage von fünfzehn Milliarden Mark zu. Ein vierter Nachtrag zum laufenden Reichsetat fordert zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben 100 Millionen Mark im Wege des Kredits. Sie sollen zur Gewährung von Baukostenzuschüssen dienen, die zur Wiederbelebung der Neubautätigkeit notwendig sind. Im Ganzen sollen für diesen Zweck 500 Millionen Mark aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt werden.

Saarbrücken, 5. Nov. (W. T. S. Amtlich.) Gestern abend 6½ Uhr geriet ein Wagen des Personenzuges 511 auf der Fahrt von Bülbingen nach Bous in Brand. Der Zug wurde bei Kilometer 14,8 durch Ziehen der Notbremse zum Stehen gebracht, doch war ein Löschen des Wagens nicht mehr möglich, so daß der ganze Oberwagenkasten ausbrannte. Hierbei verunglückten 14 Reisende tödlich, während etwa 13 Personen Verletzungen erlitten. Vermutlich ist Benzin oder ein anderer feuergefährlicher Stoff heimlich im Wagen mitgeführt worden. Die weitere Untersuchung ist noch im Gang.

Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. H., 6. Nov. 1918.

Stadtverordneten-Versammlung

vom 5. November.

An der Beratung haben teilgenommen 20 Stadtverordnete und vom Magistrat Oberbürgermeister Lübke, Bürgermeister Feigen, die Stadträte Arrabin, Braun, Braunschweig und Zimmerling.

Für Feuerversicherungs-Prämien ist eine Nachbewilligung von 350 Mark erforderlich, weil die Feuerversicherungsbank für Deutschland zu Gotha in diesem Jahre die Bruttoprämie erhoben hat. Die Dividende von 50 Prozent soll im kommenden Jahre zur Auszahlung gelangen bzw. abgeschrieben werden.

Die Versammlung genehmigt den diesbezüglichen Magistratsantrag.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betrifft eine Kreditnachbewilligung für Heizmaterial für das Bezirksvorsteheramt und das Schwesterhaus in Kirchdorf in Höhe von 1250 Mark. Die Mehrforderung wird begründet durch die Steigerung der Kokspreise und weil die Kosten für das Brennholz seinerzeit überhaupt nicht berücksichtigt worden sind. Der Magistratsantrag auf Bewilligung des verlangten Kredits wird angenommen.

Punkt 3 betrifft ebenfalls eine Nachbewilligung von 7631,07 Mark für den Hochwasserbehälter im Hardtwald. Die Kosten der Herstellung des Behälters beliefen sich auf 149 918 Mark. Bewilligt waren 150 000 Mark. Da aus diesem Fonds aber die Kosten für eine Tiefpumpe entnommen und eine Forderung der Firma Scherzer (Eisabethen-Brunnen) beglichen wurde, hat die bewilligte Summe für den Hochwasserbehälter nicht ausgereicht. Der Magistrat schlägt vor, den geforderten Kredit aus laufenden Mitteln zu bewilligen.

Stadtver. Everts fragt, ob in dieser Nachforderung die Kosten für die Dichtmachung des Behälters (er war bekanntlich vorübergehend nicht dicht) enthalten wären.

Der Vorsitzende erwidert, daß er darüber keine Auskunft geben könne, da die Akten nicht vorliegen.

Stadtver. Schlottner bemerkt, daß sich auch die Bau-deputation mit der vom Stadtver. Everts angeschnittenen Frage beschäftigt habe. Die Nachforderung sei durch Mehrarbeiten begründet. Es handle sich um aufformmäßig ausgeführte Arbeiten des Maurermeisters Braun. Derselbe habe eine Rechnung über das Dichtmachen des Behälters nicht eingereicht, bezw. diese diebezügliche Forderung sei abgelehnt worden. Hierauf wird der Magistratsbeschluss genehmigt.

Der vierte Punkt betrifft die Schaffung der Stelle einer Jugendfürsorgerin. (Eine diesbezügliche Notiz hatten wir kürzlich an dieser Stelle veröffentlicht. Red.) Der Magistrat hat beschlossen, die Stelle ab 1. April 1919 zu errichten und der Fürsorgerin ein Gehalt von 2400 Mark nebst Kriegsteuerungs-Zulage zu bewilligen.

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf das diesbezügliche Gesetz und erläutert die ebenso vielseitige wie anspruchsvolle Tätigkeit einer Fürsorgerin, durch Mitteilung der Dienstankündigung für Jugendfürsorgerinnen.

Bürgermeister Feigen führt dazu aus, daß die Kriegsnöte es notwendig gemacht hätten, sich der heranwachsenden Jugend anzunehmen. Der Kreis habe bereits eine Kreis-Fürsorgerin angestellt. Da deren Tätigkeit aber zu umfangreich sei, habe der Kreis den Städten des Oberrheinkreises vorgeschlagen, zur Entlastung der Kreisfürsorgerin eine städtische Jugendfürsorgerin anzustellen. Da eine solche in den Städten Oberursel und Cronberg nicht voll beschäftigt wäre, wurde die gemeinsame Anstellung einer Fürsorgerin angeregt. Der Magistrat ist der Ansicht, daß die Fürsorgerin in Homburg voll beschäftigt ist und nimmt deswegen davon Abstand, gemeinsam mit den genannten Städten eine Fürsorgerin anzustellen. Die Stadt Frankfurt ist hier vorbildlich gewesen. Damit die Stelle rechtzeitig besetzt werden kann, hat der Magistrat schon jetzt seinen Beschluss gefasst. Er ist der Ansicht, daß er es der heranwachsenden Jugend schuldig ist. Der Antrag des Magistrats wird ohne Erörterung angenommen.

Der fünfte Punkt der Tagesordnung, die Festsetzung der Vergütung für Einquartierung betreffend, hat die Vereinigten Ausschüsse beschäftigt. Ihr Referent, Stadtver. Behle, erwähnt zuerst, daß der Magistrat die weitere Gewährung städtischer Zuschüsse zu den staatlichen Quartiergebern als ein für die Stadt zu hohes Opfer betrachtet und deshalb zu dem Beschluss gekommen sei, es bei den reinen staatlichen Serovisiten bewenden zu lassen. Die aber stammten aus einer ganz anderen Zeit als der heutigen und wären unter ganz anderen Voraussetzungen gebildet worden. Sie stünden zu dem, was jetzt die Bürgerschaft tatsächlich leiste, in keinem Verhältnis. Er gibt zu bedenken, daß auch Minderbemittelte von der geplanten Maßnahme des Magistrats betroffen würden, und das ginge erst recht nicht. Die Zuschüsse der Stadt bedeuteten allerdings eine nicht geringe finanzielle Belastung. Würden z. B. für Unteroffiziere und Mannschaften 30 Pfg. gewährt, stellten sich die Beiträge der Stadt pro Tag auf 240 Mark, im Monat auf 7500 Mark. Der Ausschuss glaubt jedoch, daß unter keinen Umständen von Einzelnen, wie erwartet werde, so große persönliche Opfer zu bringen sind, sondern die Lasten seien auf die Allgemeinheit zu verteilen. Der Stadt aber könnten auch nicht zu große Opfer zugemutet werden, die auch noch sonstige Kosten (Wege, Straßen usw.) zu bestreiten habe. Die Ausschüsse empfehlen dem Magistrat bei der maßgebenden Stelle vorstellig zu werden, daß die Sätze der staatlichen Seroviskasse eine Revision bedingen, denn es sei absolut richtig, daß ein Quartiergeh. von 15 Pfennigen nicht mehr zeitgemäß wäre.

Entsprechend dem Vorschlag der Vereinigten Ausschüsse beschließt die Versammlung: statt dem staatlichen Seroviskasse von 27 Pfennigen, für Unteroffiziere 30 Pfg. und für Gemeine statt 15 Pfennige 30 Pfennige pro Kopf und Tag zu gewähren. In Massenquartieren mit über 10 Mann, wird nur der Satz der staatlichen Seroviskasse gewährt.

Der Vorsitzende macht bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, daß der soeben mitgeteilte Beschluss der Vereinigten Ausschüsse, bereits in der vorigen Woche im „Lanushote“ gestanden hätte, also bevor derselbe die Sanctionierung der Stadtverordneten-Versammlung gefunden habe. Gegen eine Information der Tagesblätter wolle er absolut nichts einwenden, aber erst dann, wenn der betreffende Gegenstand im Plenum zur Beratung gestanden hätte. Eine vorherige Mitteilung an die Zeitungen, könne er nicht für richtig halten.

Stadtver. Behle bemerkt dazu, daß er kaum glaube, daß der Beschluss des Ausschusses durch ein Mitglied der Kommission an die Zeitung gelangt sei.

Der Vorsitzende erwidert, daß er niemand anklage; er habe nur eine Tatsache feststellen wollen.

Damit wird der Gegenstand verlassen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betrifft die Vorbereitung der Wahl eines Stadtrats. Bis jetzt sind nicht weniger als 74, teils hervorragende Bewerber, aufgetreten. Die Prüfung der Gesuche erfordert große Arbeit, weshalb der Magistrat eine Ergänzung der Prüfungskommission vorschlägt. Die Versammlung ent-

spricht diesem Wunsche und wählt die Stadtverordneten Schlottner und Hesse.

Außerhalb der Tagesordnung spricht Stadtver. Behle über die mangelhafte Straßenbeleuchtung. Er erkennt die Einschränkung an, deutet aber auf den jetzigen Zustand in einigen Straßen, die man nur noch bei Mondschein passieren könne. Im „Schwedenspad“ würden überhaupt keine Laternen brennen, nicht einmal die sogenannten Richtungslaternen an den Ecken der Straße. Dagegen erstrahlten die Militärautos in hellem Lichte. Die Nacht auf die Fiegegefahr dürfte in solchem Maße nicht Platz greifen.

Oberbürgermeister Lübke erkennt die Beschwerde an. Der Zustand in einzelnen Straßen sei derart, daß sie selbst bei Tage nicht zu passieren wären. Er habe sich an die höhere Behörde gewandt, um wenigstens vorübergehend die Erlaubnis zur verstärkten Beleuchtung, vor allem an den Straßenenden zu erhalten.

Stadtver. Dippel meint, daß eine verstärkte Beleuchtung in manchen Straßen gar nicht möglich wäre, denn in der Wallstraße zum Beispiel stünden nur noch die Gerippe von den Laternen, die man längst abgenommen habe.

Der Stadtverordnete wird durch Zuruf vom Magistratsrat aus zunächst belehrt, daß die Laternen, infolge der Beschlagnahme von Metall, ein Opfer des Krieges geworden sind, ein zweiter Zuruf von der nämlichen Stelle lautet: „Aber Ersatz sollte beschafft werden.“

Damit schließt die öffentliche Sitzung. Eine nicht-öffentliche folgte.

* **Kreistag.** Am Freitag, den 8. November, nachmittags 2 Uhr, findet eine Sitzung des Kreistags mit folgenden Tagesordnung statt:

1. Lebensmittelversorgung. Kartoffelversorgung.
2. Herstellung von Notgeld.
3. Dampfsinfektionsapparat.
4. Gehaltsverhältnisse der Bürgermeister der Landgemeinden.
5. Benutzung des Kreistagsaals zur Ausgabe der Brotkarten für die Stadt Bad Homburg.
6. Schankkonzessionssteuer Ernst Grümacher in Oberursel.
7. Gesuch des Konrad Hermann in Hornau um Bewilligung eines weiteren Stipendiums zum Besuch der kgl. Baugewerkschule in Frankfurt a. M.
8. Schreiben des Kaiserin - Auguste - Viktoria-Hauses Berlin-Charlottenburg betr. Bewilligung eines Kreisbeitrags.
9. Kreisbeitrag für den Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose im Reg.-Bezirk Wiesbaden.
10. Zinsen für die Kriegsunterstützungen.
11. Vertrag mit der Kreisfürsorgerin.
12. Antrag August Gregorius, Kellheim auf Abstandnahme von dem Verkaufsrecht bezüglich des zu Gunsten des Kreises belasteten Hausgrundstücks.

Angelegenheit der landw. Berufsgenossenschaft.

Unfallfalle Anton Stamm, Kalbach.

(Nachtrag im Bedarfsfall in der Sitzung vorbehalten.)

* **Dienstbeschränkungen bei der Post.** Die Kaiserliche Ober-Postdirektion schreibt uns: Die Kartoffelernte ist teilweise noch sehr im Rückstande und wegen der zu befürchtenden Fröste in größter Gefahr. Die Postverwaltung muß deshalb, wie es auch von anderer Seite geschieht, ihrem Personal die Hilfeleistung tunlichst gestatten. Vorübergehende Dienstbeschränkungen, insbesondere der Schalterdienststunden, des Bestelldienstes, der Briefkastenleerungen usw. sind dabei nicht zu vermeiden. Sie werden aber von kurzer Dauer sein.

* **Keine Postverbindung mit dem Balkan.** Wegen Unterbrechung der Postverbindung mit Rumänien, Bulgarien und der Türkei infolge Verkehrsstörungen außerhalb Deutschlands ist die Annahme von Privatpostsendungen nach diesen Ländern bis auf weiteres gesperrt.

* **Verspätet eintreffende Feldpostbriefe.** Als Erklärung für die verlangsamte Beförderung der Feldpostbriefsendungen von der Front nach der Heimat wird von amtlicher Seite mitgeteilt: Eine Verlangsamung dieser Sendungen habe darin ihren Grund, daß die Truppen vielfach bei den gegenwärtigen großen Kämpfen ihre Post nicht zum Zug bei den Feldpostanstalten aufliefern können, und daß auch die eingetretenen Zugbeschränkungen und die dadurch veranlaßten Beförderungsschwierigkeiten auf der Eisenbahn die Uebermittlung der Feldpostbriefsendungen verzögern.

* **Vorsicht bei Niederschriften von Kriegsteilnehmern.** Von maßgebender Seite wird darauf hingewiesen, welche ernste Verantwortung Kriegsteilnehmer und ihre Angehörigen auf sich nehmen, wenn sie Kriegstagebücher oder sonstige Aufzeichnungen aus dem Felde nicht sorgsam verwahren und an nicht näher bekannte Personen zum Lesen oder Bervielfältigen aus der Hand geben. Es ist ein leichtes, aus solchen Schriftstücken Angaben von militärischem Wert zu gewinnen und sie zum Schaden der Landesverteidigung ins Ausland weiterzuleiten.

Hus Nah und Fern.

† **Schneidhain i. L.** 5. Nov. Das etwas einsam gelegene Stationsgebäude wurde während einer kurzen Abwesenheit des Dienstleiters am hellen Mittag ausgeplündert. Dem Räuber fiel ein erheblicher Geldbetrag in die Finger.

† **Höchst-Indlingen.** 5. Nov. Ein sehr fruchtbares Ergebnis brachte gestern die sonst so lohnende Jagd in hiesiger Feldmark. Während sonst 4—500 Hasen erlegt wurden, kamen diesmal nur 57 zur Strecke. Die auffallende Verminderung des Wildbestandes hat zweifellos ihren Grund in den wachsenden Wilddiebereien.

† **Nickelsburg.** 5. Nov. Ein Teil des hiesigen Schlosses wurde für Wohnungszwecke und zur Unterstellung von Möbeln zur Verfügung gestellt.

Verständigung = Kreis- und Morgen-Akt